

Donnerstag, 23. November 2023

Kanton Luzern

Reuss soll Rechte erhalten

Ein Verein will, dass der Fluss zu einer Rechtsperson wird. Er plant eine Initiative. Nicht jede Person kann aktives Vereinsmitglied werden.

Fabienne Mühlemann

Die Reuss kann weder sprechen noch denken oder fühlen. Auch kann sie sich nicht gegen Ungerechtigkeiten wehren. Doch das soll sich bald ändern: Geht es nach einem im September gegründeten Verein, soll die Reuss Grundrechte und eine eigene Rechtspersönlichkeit erhalten. So sollen folgende Artikel in der Verfassung des Kantons Luzern verankert werden:

Artikel 10 Abs. 3 KV: Die Rechte nicht menschlicher Naturpersonen sind zu achten und zu schützen.

Artikel 10 bis KV Schutz der nicht menschlichen Naturperson «Reuss»: 1. Die Reuss hat das Recht, als hybride Persönlichkeit im Rechtssystem die eigenen Interessen zu vertreten. 2. Die Reuss hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit, insbesondere auf sauberes Wasser. 3. Jede grausame oder erniedrigende Behandlung einer Naturperson in und an der Reuss ist verboten. Deren Recht auf körperliche Unversehrtheit ist zu achten.

Hinter dieser Absicht steckt Markus Schärli, der als Präsident des Vereins Rechtsperson Reuss fungiert. Der 69-jährige Luzerner hat kürzlich an der Universität Luzern eine Bachelorarbeit zum Thema Rechtspersönlichkeit von Naturwesen geschrieben und wollte das Gelernte in die Praxis umsetzen. Ausserdem sei er mit dem Forum für Ethik und Ökologie in Kontakt gekommen. «Dieses setzt sich mit der Thematik ebenfalls auseinander und fordert die Rechtspersönlichkeit für die Natur ein. Es lag nahe, dass wir die Kräfte bündeln, um eine grössere Wirkung zu erreichen.» Dort wirkt auch



Initiant Markus Schärli am Ufer der Reuss bei Buchrain.

Bild: Dominik Wunderli (18. 11. 2023)

etwa alt SP-Nationalrat Hans Widmer mit.

«Ein Gremium müsste Entscheide fällen»

Doch wie würde diese Umsetzung aussehen? Und wer entscheidet letztlich, was gut für die Reuss wäre? Schärli erklärt, dass es ein Gremium geben müsste, welches sich intensiv mit den Bedürfnissen des Flusses und seinen Bewohnenden auseinandersetzt. Er gesteht aber auch ein: «Es wird nicht ganz einfach sein, dass dieses Gremium nur die Interessen der Reuss und

nicht ihre eigenen Interessen vertritt. Das ist sicher eines der zentralen kritischen Umsetzungsprobleme.»

Sollten die Artikel in der Verfassung verankert werden, müssten Personen, die gegen die Rechte der Reuss verstossen, mit Konsequenzen rechnen. Sie könnten vom Fluss eingeklagt und zur Rechenschaft gezogen werden, so Schärli. «Die Reuss könnte Anzeige erstatten, wenn beispielsweise ihr Wasser verschmutzt würde. Sie könnte von der Person Schadenersatz verlangen.» Auch Fischer wären

betroffen, weil die Reuss das Fischen nicht mehr zulassen würde: «Denn die Fische der Reuss wären mit dieser Handlung gegen ihr Leben wohl nicht einverstanden», so Schärli. Hingegen hätte es keine Konsequenzen für Reusschwimmerinnen, «da sie dem Fluss keinen Schaden zufügen».

Noch ist alles hypothetisch. Doch um sein Ziel zu erreichen, will der Verein eine Initiative lancieren. Dazu benötigt er 5000 Unterschriften. Momentan stehe jedoch die Finanzierung im Vordergrund. «Sobald

wir genügend Finanzen und Unterstützung in Form von Sammelbereitschaft organisiert haben, legen wir los. Wie schnell das geht, ist schwer zu sagen.» Ziel sei aber, etwa im Frühling 2024 zu starten.

Fleischesser können keine Aktivmitglieder werden

Derzeit ist der Verein klein, vier Aktivmitglieder und einige Passivmitglieder machen mit. Schärli erklärt, dass grundsätzlich jede Person dem Verein beitreten könne. Doch in den Statuten ist festgelegt: «Wer nicht ve-

Es gibt auch andere Beispiele

Der Fluss Whanganui in Neuseeland wurde im Frühling 2017 zu einem Rechtssubjekt. Dem Entscheid ging jedoch ein jahrzehntelanger Rechtsstreit voraus. Auch der Berg Taranaki, der ebenfalls in Neuseeland liegt, wurde zu einer Rechtspersönlichkeit. Mittlerweile wurden auf der Welt über 200 Regionen, Flüssen oder Ökosystemen Rechte zugesprochen. In der Schweiz gab es die Initiative von Sentience Politics, welche im Kanton Basel Primaten Grundrechte verschaffen wollte. Zudem forderte Nationalrätin Lisa Mazzone (Grüne), dass die Gletscher eine Rechtspersönlichkeit erhalten. (fmü)

gan oder vegetarisch lebt, kann nicht aktives Vereinsmitglied sein oder werden.» Der Präsident führt aus: «Das Töten von Naturpersonen ist grausam und erniedrigend. Es schadet der Glaubwürdigkeit des Vereins, wenn deren Mitglieder Fleisch essen würden.» Man müsse die Einstellung nicht teilen – in diesem Fall könne man als Passivmitglied mitmachen, um die Idee zu unterstützen.

Sollte die Initiative scheitern, würde der Verein wieder aufgelöst. Dieses Szenario scheint wahrscheinlich, eine Mehrheit für das Anliegen zu finden, dürfte schwierig sein. Dem ist sich auch Schärli bewusst. Er sagt: «Das ist bei allen grundlegenden Veränderungen in der Verfassung so. Es dauert Jahrzehnte und braucht mehrere Anläufe. Aber einmal muss jemand anfangen. Sonst verändert sich nichts.»